

**Redebeitrag der Niedersächsischen Verfassungsschutzpräsidentin  
Maren Brandenburger am 15.08.2018 in Hannover beim Symposium des  
Niedersächsischen Verfassungsschutzes zum Thema „Facebook, Instagram  
und Co. – Die Bedeutung Neuer Medien für Extremismus und Prävention“**

---

**- Es gilt das gesprochene Wort! -**

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

in den letzten beiden Stunden haben wir bereits einen Einblick gewonnen, wie stark die Neuen Medien nicht nur unser tägliches Leben, sondern auch die Kommunikation in extremistischen Szenen verändert haben. Was bedeutet das nun konkret für die Arbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes und welche Weichen müssen für die Zukunft gestellt werden, um den Entwicklungen entschlossen zu begegnen?

Lassen Sie mich kurz einen Schritt zurückgehen. Als ich 2013 die Leitung der Behörde übernahm, dominierten die Morde des NSU und die Versäumnisse der Sicherheitsbehörden das tägliche Lagebild. Es wurde offenbar, dass es massiver Reformen bedurfte, um solche Entwicklungen künftig frühzeitig erkennen zu können. Reformen innerhalb der Struktur und Arbeitsweise der Sicherheitsbehörden, in der Kommunikation untereinander und in der Gesetzgebung der Länder. Ich bin der Überzeugung, dass wir diesen Prozess, der die Arbeit des Verfassungsschutzes auch für die Öffentlichkeit deutlich transparenter gemacht hat, in Niedersachsen gut gemeistert haben. Ebenso haben seit NSU im gesamten Verfassungsschutzverbund die notwendigen Veränderungsprozesse zu einer verbesserten Zusammenarbeit geführt.

Die heutige Veranstaltung aber zeigt, dass es jetzt darum gehen muss, die Organisationsstrukturen immer wieder neu zu überprüfen und den Herausforderungen anzupassen.

Die Chancen und Herausforderungen, die die Nutzung neuer Medien mit sich bringt, werden sich aber auch in Zukunft ebenso grundlegend auf die Struktur und die

Inhalte der Arbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes auswirken. Das beginnt damit, dass wir für die besonderen Arbeitsbedingungen einer Sicherheitsbehörde eine technische Infrastruktur benötigen, die es ermöglicht, mit den Entwicklungen innerhalb der Neuen Medien Schritt zu halten und die Möglichkeiten, die sie bieten, auch in der täglichen Arbeit zu nutzen. Ein großer Teil der Kommunikation innerhalb der extremistischen Szenen findet heute online statt. Dies bietet den Vorteil, dass die Szenen von sich aus viel mehr Informationen preisgeben, jedoch den Nachteil, dass die Informationsflut bewältigt werden muss. Zudem bietet das Internet eine Vielzahl an Möglichkeiten, anonym und verdeckt zu kommunizieren. Wir stehen damit vor der Herausforderung, einerseits eine große Anzahl an Daten sichten zu müssen und andererseits technische Voraussetzungen schaffen zu müssen, die mit den schnellen Entwicklungen Schritt halten. In der Konsequenz bedeutet dies, dass die Arbeit des Verfassungsschutzes gerade was die Ausstattung betrifft heute deutlich kostenintensiver ist als in der Vergangenheit.

Eine weitere Konsequenz ist die Notwendigkeit, in der Personalauswahl neue Schwerpunkte zu setzen. Eine moderne und zunehmend digitalisierte Verfassungsschutzbehörde benötigt die gezielte Ergänzung und Verstärkung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen der Umgang mit Neuen Medien in all ihren Ausprägungen vertraut ist. Wir benötigen entsprechende IT-Kenntnisse eben nicht nur für die IT-Infrastruktur, quasi für den Intendantur-Bereich. Wir benötigen IT-Kenntnisse annähernd an jedem Arbeitsplatz, bei der täglichen Auswertung und Analyse, aber auch im operativen, „klassischen nachrichtendienstlichen“ Bereich. Eine Aufgabe ist es daher, den Niedersächsischen Verfassungsschutz als Arbeitgeber attraktiv zu machen für Fachleute, die eine Tätigkeit in Sicherheitsbehörden zunehmend als Berufsfeld entdecken. Und ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, dass der Arbeitsmarkt an dieser Stelle eher „schwierig“ ist.

Eine Folge des Bedeutungszuwachses der Neuen Medien sind auch zunehmend diffusere extremistische Szenen mit Zwischen- und Graubereichen, die sich um einzelne Themen wie die Zuwanderung von Flüchtlingen oder den G20-Gipfel herum bilden, sich wieder auflösen und an anderer Stelle wieder in Erscheinung treten.

Feste Szenen, Treffpunkte und auch in sich geschlossene Ideologien sind heute weit weniger anzutreffen als in der Vergangenheit.

Der gesetzliche Auftrag einer Verfassungsschutzbehörde ist der eines Frühwarnsystems! Entwicklungen, die den Bestand unserer freiheitlichen demokratischen Ordnung gefährden könnten, müssen im Vorfeld erkannt werden. Dies ist nur dann möglich, wenn nicht nur etablierte extremistische Szenen beobachtet werden, sondern fortlaufend ein genauer Blick auf die Graubereiche gelegt wird, die sich potenziell zu einer Gefahr verfestigen könnten. Solche Entwicklungen lassen sich in den Neuen Medien derzeit am besten beobachten. Bei einem Frühwarnsystem geht es nicht nur um eine Feststellung von Extremismus nach Kriterien, die gesetzlich festgeschrieben sind. Vielmehr braucht es die Einschätzung und Analyse von Entwicklungslinien und ideologischen Versatzstücken, mit denen die Extremismusphänomene erst verstanden werden können. Hierfür benötigt eine zukunftsfähig aufgestellte Verfassungsbehörde eine fundierte wissenschaftliche Expertise. Notwendiger denn je sind die fortlaufende Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der kontinuierliche Austausch mit Wissenschaft und Gesellschaft.

Meine Damen und Herren,

die geschilderten Entwicklungen, die beide Vorträge heute deutlich gemacht haben, müssen Verfassungsschutzbehörden aufgreifen. Hier müssen wir ggf. umdenken, was alte nachrichtendienstliche „Gewissheiten“ betrifft. Ich möchte Ihnen dies an zwei Punkten erläutern:

1. Der beschriebene Wirkungsverlust unserer nachrichtendienstlichen Instrumentarien (vor dem Hintergrund der Bildung von kleineren Gruppen, zunächst virtuell, aber mit durchaus gewalttätigem Potential) macht eine neue Herangehensweise nötig. Das alte Instrumentarium stößt hier an Grenzen.
2. Wir müssen stärker in das Umfeld von potentiell gewalttätigen Gruppierungen schauen. Wenn wir der Aufgabe des Frühwarnsystems gerecht werden wollen, dürfen wir uns nicht ausschließlich mit gewaltorientierten Phänomenen

befassen. Gewalt entsteht nicht aus sich selbst heraus. So hat der Terroristische Jihadismus seine Rückkopplung im politischen Salafismus. Auch der NSU entwickelte sich aus einer bestimmten ideologischen Färbung. Verfassungsschutzbehörden müssen den jeweils geistigen Nährboden des Extremismus frühzeitig analysieren, um nicht erst dann gefahrenabwehrend tätig zu werden, wenn die Radikalisierung sich verfestigt hat.

Lassen Sie mich aber eines klarstellen: Zentraler Schwerpunkt unserer Tätigkeit wird auch weiterhin im gefahrenabwehrenden Bereich liegen. Weiterhin werden wir den gewaltbereiten Extremismus genau im Auge behalten. Wir werden aber eben AUCH zusätzlich den geistigen Nährboden solcher Entwicklungen genauer analysieren müssen.

Es wird zukünftig immer mehr darum gehen, Gefahrenmomente frühzeitig zu erkennen und ihnen professionell zu begegnen. Die Erkenntnisse der Analyse müssen aber auch in geeignete Präventionsmaßnahmen münden. Stärker als bisher halte ich es für erforderlich, dass wir uns im Verfassungsschutzverbund dieser Diskussion stellen.

Lassen Sie mich noch kurz den Aspekt der Kooperation anführen: Wir sind in unserer täglichen Arbeit angewiesen auf die Zusammenarbeit einer Vielzahl an Institutionen und Behörden. Dazu gehören der Austausch von Informationen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, die Kooperation in Netzwerken und die persönlichen Begegnungen wie z.B. die langjährig gute ressortübergreifende Zusammenarbeit mit dem Landespräventionsrat Niedersachsen.

In den letzten Jahren haben wir im Verfassungsschutzverbund, aber insbesondere in Niedersachsen deutliche Marken gesetzt. Als Beispiel möchte ich die Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen nennen, in der seit 2016 unter Federführung des Niedersächsischen Verfassungsschutzes und des Landeskriminalamtes Niedersachsen die Maßnahmen in der Prävention von Islamismus bzw. Salafismus vernetzt und gemeinsame Strategien für Niedersachsen entwickelt werden. Diese Initiative des Landes hat sich hervorragend etabliert und in den zwei Jahren ihres Bestehens bereits sehr viel erreicht.

Zuletzt möchte ich noch auf zwei aktuelle Angebote des Niedersächsischen Verfassungsschutzes hinweisen, die den Herausforderungen durch die Nutzung Neuer Medien und veränderten Rezeptionsgewohnheiten innovativ begegnen.

1. Das erste Angebot betrifft das Aussteigerprogramm „Aktion Neustart“, das schon seit Jahren die Möglichkeiten der direkten Ansprache und Kommunikation über Social-Media-Kanäle wie Facebook nutzt, um die extremistischen Szenen und mögliche Aussteiger zu erreichen. Seit heute ist zudem eine eigens für Aktion Neustart gestaltete zielgruppengerechte Webseite online, über die unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mithilfe von Avataren mit Interessierten und Beratungssuchenden niedrigschwellig kommunizieren können – und das rund um die Uhr.

Studien und Erfahrungen aus der Praxis von Online-Beratung zeigen, dass Beratungskontakte im Internet sehr emotional und intensiv sind. Ratsuchende beschreiben häufig, dass sie über Problembereiche kommunizieren, die sie am Telefon niemandem anvertrauen würden. Gerade diese Form eines niedrigschwelligen Angebots und die Möglichkeit der Anonymität bewirken, dass Onlineberatung nachhaltig wirkt. Gerade für Menschen, die das Aufsuchen einer Beratungsstelle scheuen oder Bedenken haben, eine Hotline beim Verfassungsschutz anzurufen, kann die Möglichkeit der Online-Beratung ein erfolgreicher Zugang zum Aussteigerprogramm darstellen. Die Methode der Online-Beratung erweitert das Methodenrepertoire des Aussteigerprogramms „Aktion Neustart“ und schafft einen Zugang zu potenziell neuen Aussteigern und Personen aus dem sozialen Umfeld.

2. Zudem entwickelt der Niedersächsische Verfassungsschutz derzeit eine eigene Ausstellung zum Thema Islamismus, die wie die seit Jahren erfolgreiche Ausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ im Land Niedersachsen an verschiedenen Orten gezeigt werden soll. Einige Elemente können Sie bereits heute hier anschauen. Das Hauptaugenmerk der Ausstellung liegt auf der zielgruppengerechten Aufarbeitung des komplexen Phänomens Islamismus/Salafismus. Sie werden gleich einen ersten Eindruck in Form einer Hörprobe bekommen. Ein junger Mann erzählt von seinem

Radikalisierungsverlauf hinein in die islamistische Szene. Auch hierbei wird deutlich: das Internet hat ihm einen einfachen Einstieg geboten. Der Niedersächsische Verfassungsschutz gibt mit seinem neuen Online-Beratungsangebot und zielgerichteter Prävention eine Antwort darauf, um nicht den Extremisten das Feld Neue Medien zu überlassen.

Frau Gellert, Referentin in unserem Hause, wird Ihnen gleich kurz die Arbeitsweise des Aufgreifens von biografischen Aspekten in der Ausstiegsbetreuung erläutern.

Lassen Sie mich zusammenfassend noch einmal festhalten:

Vor dem Hintergrund der geschilderten veränderten Entwicklung im Extremismus werden wir uns den Herausforderungen stellen und den Verfassungsschutz zukunftsfähig aufstellen - Im operativen wie im analytischen Bereich sowie in den Präventionsangeboten. Wir werden die konkreten Gefährdungen für die Demokratie so früh wie möglich erkennen und analysieren, im konkret gewaltbereiten Extremismus ebenso wie im ideologischen Nährboden. Hierfür werden wir auch im VS-Verbund entsprechende Impulse für den inhaltlichen Diskurs vertiefen.